

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Benno Zierer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Christoph Skutella

Abg. Patrick Friedl

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat

Bayern - Bayerisches Klimagesetz (BayKlimaG) (Drs. 18/2778)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 54 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Umweltbundesamt hat gestern gemeinsam mit der Bundesregierung einen umfassenden Klimabericht vorgelegt. Demnach haben die Temperaturen im Jahr 2018 eine Erdüberhitzung von 1,5 Grad aufgezeigt. Die Zahl der heißen Tage nimmt stetig zu. Starkregenereignisse mehren sich, Extremwetterlagen werden immer häufiger, und erstmals führt ein Expertenbericht auch die Anzahl der hitzebedingten Todesfälle auf: 6.000, 7.000 in den Jahren 2003, 2006 und 2015. Die heißesten Jahre 2018 und 2019 sind dabei noch gar nicht mit eingerechnet.

Frau Krautzberger vom Umweltbundesamt bezeichnet das als die größte Naturkatastrophe in Deutschland, und die Bundesumweltministerin fügt hinzu, dass nicht auszu-denken ist, was passiert, wenn sich die Erdüberhitzung in diesem Tempo fortsetzt.

Ich bin Optimist. Ich denke immer, wir packen das schon. Wir schaffen das mit der Klimawende, mit der Energiewende. Aber bei solchen Meldungen fragt man sich schon: Ist es nicht schon zu spät für uns, für unsere Kinder? Schaffen wir das noch? – Es gibt viele Entwicklungen, die Mut machen, von zarten Anfängen zu Beginn, die dann wirklich skalieren und nach oben durchschießen, mit tollen Steigerungsraten.

Wir haben so etwas zum Beispiel im IT-Bereich gesehen, wo man wirklich sagt: Ja-wohl, da ging es innerhalb weniger Jahre nach oben. Das konnte man sich nicht vorstellen. Wir haben das auch bei den erneuerbaren Energien. Das EEG, das von Rot-Grün eingeführt wurde, ging wirklich nach oben, außerhalb von Bayern hauptsächlich. Das war wirklich eine Erfolgsgeschichte. Aber andererseits sehen wir natürlich auch, wie langsam Umstellungsprozesse vorangehen, wie stark die Kräfte sind, die an der fossilen Welt festhalten.

Aber, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn wir noch eine Chance haben wollen, die Erdüberhitzung einzudämmen, bevor alle Dämme brechen, bevor unumkehrbare Kipppunkte erreicht werden, müssen wir jetzt umsteuern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb braucht Bayern ein effektives Klimaschutzgesetz.

(Staatsminister Thorsten Glauber: Das haben wir gemacht!)

Unser Handeln, unser Wirtschaften soll sich klar an Kriterien des Klimaschutzes ausrichten. Zentraler Punkt in unserem Klimaschutzgesetz ist der Budget-Gedanke. Die Wissenschaft sagt uns ganz klar, dass wir nur noch ein begrenztes Budget haben. Das sind rund tausend Millionen Tonnen, die wir in Bayern noch zur Verfügung haben, um die Ziele von Paris einzuhalten. Unser Artikel 6 sagt als Zwischenziel noch zusätzlich: drei Tonnen pro Kopf bis 2030. Momentan haben wir in Bayern acht Tonnen pro Kopf, energiebedingt und nicht energiebedingt zusammengerechnet; die Emissionen müssen jährlich um 5 % reduziert werden.

Herr Umweltminister Glauber, Sie haben gerade eingeworfen, dass Ihr Klimaschutzgesetz das kann. Deshalb ein kurzer Schwenk zum Klimaschutzgesetz der Staatsregierung, das jetzt vorgelegt wurde: Sie nehmen darin die Zahlen für Deutschland aus dem Jahr 1990 als Grundlage, weil die fünf Tonnen pro Kopf höher waren als die bayerischen, also nicht 7,5 sondern 12,5 Tonnen pro Kopf, und beziehen darauf Ihre

Reduktion. Sie machen nach wie vor weiter mit Ihrer reinen Quellenbilanz, obwohl wir heute auch in der Debatte zur Energie klar gesagt haben: Diese Stromimporte werden ein wichtiger Bestandteil sein. Da fällt ganz viel unter den Tisch.

Wenn man das jetzt also zusammenzählt, haben Sie mit Ihrer Zielsetzung im Jahre 2030 in Bayern immer noch CO₂-Emissionen von 70 bis 75 Millionen Tonnen. So werden wir die Klimaziele nie erreichen. Das ist eine Kapitulation der Staatsregierung vor der Herausforderung der Erdüberhitzung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Gesetz macht klare Vorgaben, und es ist verbindlich. Wir wollen ein Landesklimaschutzkonzept, das Zwischenziele hat, das Sektorenziele hat; das alles angegeben in absoluten Zahlen an Treibhausgasemissionen, also keine Prozentrechnungen hin und her. In unserem Klimaschutzgesetz liegt der Schwerpunkt auf kommunalem Klimaschutz. Wir sehen: Die Kommunen sind am nächsten dran an den Bürgern. Dort entstehen auch die Emissionen. Sie sollen Klimaschutzkonzepte erstellen, einen Wärmeplan aufstellen, einen Klimaverkehrsplan machen, zeigen, dass es Alternativen zum Auto, zur Individualmobilität, gibt, und Fahrrad und E-Mobilität stärken.

Im Klimaschutzgesetz von CSU und FREIEN WÄHLERN heißt es nur, dass an die Kommunen Empfehlungen gehen. Weil sie nichts investieren müssen, wird auch das Konnexitätsprinzip nicht ausgelöst.

Noch kurz zu den Investitionen: Die 180 Millionen Euro, die jetzt angeblich eingestellt werden sollen, entsprechen gerade einmal 0,3 % des bayerischen Haushalts.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist nichts!)

Ich glaube, mehr muss ich jetzt dazu wirklich nicht sagen. Das zeigt deutlich den Stellenwert des Klimaschutzes für die Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine wichtige Stellschraube in unserem Klimagesetz ist das Monitoring, die Nachsteuerung. Jährlich sollen Fortschrittsberichte erstellt, veröffentlicht und dem Landtag vorgestellt werden. Der Klimabeirat wird vom Landtag ernannt und wählt den Vorsitz aus seinen Reihen. Dieser Beirat hat klare Aufgaben und Zuständigkeiten. Er überprüft, macht jährliche Fortschreibungen, fordert Nachbesserungen, wenn die Zielerreichung fraglich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die rasende Entwicklung der Erdüberhitzung ist eine massive Bedrohung für unsere Zivilisation.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ja!)

Wenn wir, wie dieses Jahr, 25-mal die 40-Grad-Grenze überschritten haben, dann ist das mehr als ein Warnzeichen. Darauf brauchen wir Antworten. Unser Bayerisches, unser grünes Klimagesetz gibt Antworten und nimmt die aktuellen Herausforderungen an. Die Ziele entsprechen der wissenschaftlichen Erkenntnis. Das Gesetz richtet sich nach dem Budget-Gedanken. Unsere Ziele werden evaluiert und gegebenenfalls nachgeschärft. Die Kommunen sind der Motor der Klimawende. Den Bürgern soll der Klimaschutz so leicht wie möglich gemacht werden. Dafür erhalten die Kommunen die entsprechenden Mittel.

Klimaschutz wird zur zentralen Frage bei den Entscheidungen. Jetzt gilt es, effektiven Klimaschutz umzusetzen. Das Jahr 2019 muss, auch wenn nur noch eineinhalb Monate verbleiben, zum Wendejahr beim Klimaschutz werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Dr. Martin Huber, CSU-Fraktion.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Martin Stümpfig, du hast angesprochen, dass dir oftmals nach

Verzweiflung zumute ist. Ich kann angesichts der Vorschläge, die die GRÜNEN unterbreiten, den Hang zur Verzweiflung durchaus nachvollziehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Katharina Schulze (GRÜNE):
Netter Versuch!)

Martin, du hast auch davon gesprochen, dass du auf der Suche nach etwas bist, was Mut spendet. Eigentlich hast du es in deiner Rede schon erwähnt; denn Mut gibt mit Sicherheit das Klimaschutzgesetz der Bayerischen Staatsregierung, das wir demnächst hier verabschieden werden.

(Florian von Brunn (SPD): Ihr habt ganz schön viel Mut, so etwas vorzulegen!)

Wir alle sind uns einig in der Analyse, dass der Klimawandel ohne Zweifel eine der größten Herausforderungen, wenn nicht sogar die größte Herausforderung ist, der wir uns aktuell zu stellen haben. Wir sind uns auch einig darin, dass die Auswirkungen des Klimawandels nicht abstrakt sonst irgendwo, sondern auch bei uns in Bayern zu beobachten sind.

Ministerpräsident Markus Söder hat von seinem Besuch auf der Zugspitze eindringlich berichtet. Er konnte feststellen, dass das Auftauen der Permafrostböden nichts ist, was nur weit entfernt, in Sibirien, stattfindet, sondern auch in den Alpen zu verzeichnen ist. Auswirkungen ergeben sich unter anderem auf den Zusammenhalt der Gesteinsschichten. Ist dieser nicht mehr gegeben, hat auch uns das zu beschäftigen; denn dann stehen wir vor der Herausforderung vermehrter Lawinen- und Murenabgänge.

Wir sind uns also einig: Der Klimawandel bedeutet eine große Herausforderung. Er findet auch in Bayern statt. Deshalb ist es unsere Verantwortung und unsere Verpflichtung, uns darum zu kümmern.

Das tun wir in Bayern seit einiger Zeit. Der Schutz des Klimas ist für uns in Bayern, für die Staatsregierung und die CSU schon lange eine Kernaufgabe. Wir haben ein Klima-

schutzprogramm Bayern aufgelegt. Auch mit der Bayerischen Klimaanpassungsstrategie, die im Jahr 2009 aufgelegt wurde, reagieren wir längst auf die neuen Herausforderungen. Es war übrigens die bundesweit erste Klimaanpassungsstrategie. Damit haben wir Maßstäbe gesetzt.

Unsere Maßnahmen sind durchaus erfolgreich. Der Vergleich zeigt, dass wir beim CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr bei knapp sechs Tonnen und damit um ein Drittel niedriger als der Bundesdurchschnitt liegen. Damit gehören wir weltweit zu den Industrieregionen, die am besten abschneiden.

(Beifall bei der CSU)

Damit geben wir uns aber nicht zufrieden. Wir steigern in der Zukunft intensiv auch die Investitionen in den Klimaschutz.

Wenn es dann heißt, der Klimaschutz sei uns nichts wert und wir machten dafür viel zu wenig, dann muss ich Folgendes deutlich sagen: Wir haben vereinbart, in den kommenden Jahren rund 700 Millionen Euro für den Klimaschutz auszugeben. 700 Millionen Euro im Freistaat Bayern! Wenn das kein wuchtiges Signal ist, dann weiß ich es auch nicht.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, ein eigenes Bayerisches Klimaschutzgesetz zu verabschieden. Genau das ist auf dem Weg. Damit werden klare Ziele gesetzt: Bis 2050 soll Bayern klimaneutral sein, die bayerische Staatsverwaltung sogar schon 2030.

Klimaschutz geht uns alle an. Deshalb ist es uns sehr wichtig, dass wir das Thema Klimaschutz im Bildungsbereich fest verankern und dass es von den staatlichen Erziehungs- und Bildungsträgern intensiv behandelt wird.

Um die Menschen zu motivieren, werden wir einen eigenen Klimaschutzpreis ausloben. Damit sollen besondere Verdienste um den Klimaschutz ausgezeichnet werden. Uns allen ist doch klar: Klimaschutz ist eine Generationenaufgabe. Zur Umsetzung

dieser Ziele enthält das Klimaschutzgesetz einen Maßnahmenkatalog. Der Zehn-Punkte-Plan der Klimaschutzoffensive bündelt knapp hundert Maßnahmen. Darunter – das mag die GRÜNEN verwundern – ist kein einziges Verbot! So geht Klimaschutz richtig.

(Hans Herold (CSU): Genau!)

Wir setzen damit auch im Ländervergleich neue Maßstäbe für den Klimaschutz.

Lassen Sie mich kurz noch etwas zu dem Gesetzentwurf der GRÜNEN sagen. Ich kann auf die Aussprache in der Ersten Lesung verweisen. Sie haben es auch heute wieder angedeutet: Wenn Sie ehrlich sind, müssen auch Sie einräumen, dass Sie mit Ihrem Gesetzentwurf die gesamte Verantwortung auf die Kommunen abwälzen. Das passt durchaus in Ihre Strategie; denn jede Woche greifen Sie eine andere Gruppe heraus, die Sie ins Visier nehmen. Anstatt zu motivieren, stellen Sie sie an den Pranger: Landwirte? Sind schlecht. Fleischesser? Sind schlecht. Autofahrer? Sind schlecht. Dieselfahrer? Sind besonders schlecht. SUV-Fahrer? Sind ganz besonders schlecht.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir reden über unseren Gesetzentwurf! Themaverfehlung!)

Fluggäste waren einmal ganz schlecht, bis die GRÜNEN erkannt haben, was man sich bei "Miles & More" sparen kann. Einfamilienhausbesitzer im ländlichen Raum? Sind auch schlecht. Sie arbeiten nur mit Schuld und Scham. Wir arbeiten mit Motivation und Innovation.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mir kommt es so vor, als würden Sie das Büßergewand verordnen. Wir tragen lieber die Arbeitshandschuhe. Wir packen an, weil wir Klimaschutz mit Innovation verbinden.

(Lachen der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Sie sehen nicht das Gesamte, sondern picken sich immer nur einzelne Bereiche heraus. Dann heißt es: Verbote! Verbote! Verbote!

Statt Verboten brauchen wir Aufbruch, Mut und Innovation. Wir wollen einen intelligenten, innovativen und ideenreichen Klimaschutz. Genau das zeigen wir auch mit unserer Klimastrategie. Anreize statt Verbote!

Uns ist dabei vor allem wichtig zu betonen, dass Klimaschutz eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft ist. Beim Klimaschutz geht es nicht darum, die einen gegen die anderen auszuspielen oder irgendetwas auf die Kommunen abzuwälzen. Uns ist es wichtig, deutlich zu machen: Klimaschutz ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Dafür brauchen wir Motivation und Innovation. Genau dafür stehen wir auch mit unserer Klimastrategie.

Wir setzen dabei natürlich stark auf Cleantech. Mit der Hightech-Strategie unseres Ministerpräsidenten Markus Söder und der gesamten Staatsregierung setzen wir wuchtige Impulse; dafür stellen wir erhebliche Finanzmittel bereit. Wir verbinden Wirtschaft mit Nachhaltigkeit und Klimaschutz mit Wertschöpfung. Wir lehnen daher den Gesetzesentwurf der GRÜNEN ab, ganz einfach, weil wir selbst einen besseren haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Huber, ich möchte Sie fragen, warum Sie einerseits bei der Bundesregierung abkupfern und die auf Deutschland bezogenen – sehr hohen – CO₂-Emissionen pro Kopf als Vergleichsmaßstab nehmen. Weshalb nehmen Sie dafür nicht die bayerischen Zahlen? Warum übernehmen Sie andererseits nicht das, was die Bundesregierung gut macht? – In dem von ihr vorgelegten Klimaschutzgesetz erfolgt nämlich eine klare Aufteilung auf die Sektoren. So heißt es in Bezug auf den Mobilitätssektor, dass eine Senkung um soundso viel Millionen Tonnen

erfolgen muss; das sind 30 bis 40 % weniger bis zum Jahr 2030. Es erfolgt ein ganz klarer Zuschnitt auf die einzelnen Sektoren. Bei Ihnen dagegen liest man nur Wischiwaschi. Überhaupt nichts ist festgelegt. Wir wissen nicht einmal genau, woher die fünf Tonnen kommen. Weshalb legen Sie keine klaren Sektorziele fest? Weshalb wird alles vermischt, sodass wir überhaupt nicht wissen, wohin die Reise gehen soll?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Stümpfig, ich bin mir angesichts Ihrer Frage nicht ganz sicher, ob Sie auch nur eine Zeile dessen gelesen haben, was wir mittlerweile unterbreitet haben. Es ist ein wuchtiges Maßnahmenpaket, ein Zehn-Punkte-Programm, unterteilt in die einzelnen Bereiche. Ich würde sagen, in ganz Deutschland ist noch nie ein so konkretes Klimaschutzpaket vorgelegt worden wie das, was wir vorgelegt haben.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): "Sektorziele" war die Frage!)

– Noch eine?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nein, Herr Abgeordneter.

Dr. Martin Huber (CSU): Ich war gerade in Stimmung.

(Heiterkeit)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Sie sind, in Anführungszeichen, "entlassen". – Ich darf als nächsten Redner Herrn Prof. Dr. Hahn, AfD-Fraktion, aufrufen.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Offenbar ist unser schönes Bayern zu einem Versuchsfeld schwarz-grüner Koalitionsverhandlungen der Zukunft verkommen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf hat

das grüne Wettrüsten in Bayern jedoch eine Stufe erreicht, die weit jenseits vernunftorientierter Sachpolitik zu verorten ist. Während die einstmals konservative CSU die kalte Enteignung von Landwirten durch Klimaschikanen ohne nennenswerte Umweltverbesserung erprobt, setzen die GRÜNEN jetzt noch einen drauf, indem sie bis zum Jahr 2040 die Einhaltung von CO₂-Grenzen fordern, die unter dem natürlichen CO₂-Ausstoß des Atemvorgangs eines durchschnittlichen Erwachsenen liegen. Der menschliche Körperkreislauf erzeugt jährlich bis zu zwei Tonnen CO₂. Welchen Sinn da eine Obergrenze von 0,5 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Person hat, müssen Sie mir einmal erklären, liebe GRÜNE. Mit Vernunft jedenfalls hat das nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der AfD)

In die Reihe skurriler Forderungen reiht sich dann gleich noch die Ausweisung von 2 % der bayerischen Landesfläche für Windkraft ein. Auch hier würde mich interessieren: Wo sollen die Flächen denn herkommen?

Die Rechnung ist doch eigentlich ganz einfach: In und nahe von Siedlungen, Straßen und Schutzgebieten dürfen keine Anlagen gebaut werden. Zieht man diese Flächen ab, bleiben noch etwa 10 % der Landesfläche für Windräder übrig. Allein: Diese Flächenreserve ist am Alpenrand verortet. Dort gibt es wiederum sechs Vorranggebiete, die für Mensch und Natur reserviert sind. Zieht man auch diese Flächen ab, bleiben noch 0,6 % der Landesfläche für Windkraft übrig. Wenn man bedenkt, dass, wie im GRÜNEN-Gesetzentwurf zu lesen ist, gleich noch 1 % der Landesfläche zusätzlich für Photovoltaik reserviert werden soll, wird die Aufgabe nicht leichter.

Entweder also haben Sie bei der Formulierung Ihrer Forderungen nicht richtig nachgedacht oder, schlimmer noch, Sie wollen sich bewusst über geltende Regelungen des Natur-, Umwelt- und Tierschutzes hinwegsetzen. In diesem Fall sollten Sie Ihre fadenscheinigen Ideen aber nicht mehr als Beitrag zum Schutzgut Natur und Mensch verkaufen, sondern als das, was sie sind: ideologische Konstruktionen ohne Realitätsbezug.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, da passt es natürlich gut ins Bild, dass Sie in die Vorschläge, die Sie unterbreiten, keine seriöse Kostenangabe aufgenommen haben. Wie soll man einen Wahnsinn auch beziffern, der an den geltenden Rechtsgrundsätzen unseres Freistaates völlig vorbeigeht?

Es sind verheerende Auswirkungen Ihrer Vorhaben auf die echte Welt zu befürchten, da ja jenseits Ihrer ersonnenen Fantasiegebilde die Realität im Vordergrund stehen sollte. Aber angenommen, man würde alles, was Sie fordern, in die Tat umsetzen, dann hätten wir es mit folgenden Fakten zu tun:

Ihre im sensiblen Natur- und Alpenraum errichteten Windkraftanlagen würden neben schweren Eingriffen in das Landschaftsbild Verluste von Zehntausenden von Vögeln und Fledermäusen sowie von weiteren Milliarden von Insekten verursachen.

Die Nutzung landwirtschaftlicher Fläche würde sich verändern. Es gäbe stattdessen vielerorts nur mehr Energiebauern, die anstatt grüner Felder leblose Solarfelder bewirtschaften würden. Darauf würden massenhaft Wasserinsekten verenden, weil sie durch die Lichtreflexion getäuscht auf den Photovoltaikplatten strandeten.

(Beifall bei der AfD)

In Häusern in mit Solarpanelen gepflasterten Wohnsiedlungen würden sich die Menschen im Sommer über weiter zunehmende Temperaturen wundern – diesmal jedoch nicht verursacht von einem natürlichen Klimawandel, sondern dann tatsächlich von einem rein menschengemachten, weil durch die weiträumige Flächenversiegelung, die Sie propagieren, durch dunkle Photovoltaikplatten das Mikroklima erheblich ansteigen würde.

Das Leben auf der durch die grüne Politik veränderten Herdplatte mit Solarbeschichtung wäre aber nicht nur durch sehr heiße Sommer gekennzeichnet, sondern auch durch ein Sammelsurium unterschiedlichster markt- und lebensfeindlicher Vorschriften

zur CO₂-Kontingentierung. Jedem sollte bewusst sein: Wer heute GRÜN wählt, wählt den wirtschaftlichen Abschwung von morgen.

(Florian von Brunn (SPD): So einen Schmarrn habe ich selten gehört!)

Herr Stümpfig, Sie haben hier klar bekannt,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

dass Sie eine Alternative zum Auto wollen. Sie wollen das Auto abschaffen. Sie wollen die Automobilindustrie, die jetzt schon leidet, offenbar abschaffen. – Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie das umsetzen, was Sie hier propagieren, dann werden die Wähler Ihre Partei in Deutschland irgendwann abschaffen.

(Beifall bei der AfD)

Herr Dr. Huber, nicht nur der Ministerpräsident war auf der Zugspitze. Ich war in diesem Monat auch schon auf der Zugspitze.

(Florian von Brunn (SPD): Da werden die sich aber sehr gefreut haben da oben!)

Ich bin dort bei dicken Neuschneelagen gewesen, sodass man gar nicht mehr auf den Gipfel konnte.

Ich habe jetzt gehört, es gäbe auf der Zugspitze keinen Permafrost mehr. Ein großer Irrtum – überzeugen Sie sich vielleicht selber, oder vielleicht existiert der Permafrost ja in der Söder-Fraktion.

(Florian von Brunn (SPD): Kennen Sie den Unterschied zwischen Schnee und Permafrost, Herr Hahn?)

Diejenigen, die in der Automobilbranche arbeiten, wissen jedenfalls schon heute, liebe GRÜNE, dass wir uns diese Form umweltschädigender Scheinmoral nicht länger leisten können. Wir dürfen aber nicht so lange warten, bis es auch der Letzte verstanden hat; denn wir sind es unseren Kindern und den nächsten Generationen schuldig, das,

was wir haben, zu erhalten und es nicht als Kollateralschaden einer Ideologie zu opfern, die das zerstört, was schützenswert ist: ein gesicherter Wohlstand und eine unversehrte Heimat.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich fortfahre, darf ich auf der Besuchertribüne Herrn Pfarrer Stefan Hippler, den Initiator und Chef der größten Aidshilfe-Organisation, aus Kapstadt herzlich begrüßen. Die Abgeordneten des Bayerischen Landtags und die Bayerische Staatsregierung waren mehrfach bei Ihnen zu Besuch. Die Partnerschaft des Freistaates Bayern mit dem Westkap in Südafrika ist uns sehr, sehr wichtig, und wir schätzen Ihre Arbeit in Südafrika. – Herr Pfarrer Hippler, wir heißen Sie in unserem Hohen Haus sehr herzlich willkommen; die Präsidentin des Bayerischen Landtags ist ebenfalls bei uns.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Damit darf ich in der Rednerliste weitergehen und als Nächsten Herrn Benno Zierer von der Fraktion der FREIEN WÄHLER aufrufen.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei den Beratungen im Ausschuss ist bereits deutlich geworden, wo aus unserer Sicht ein großer Schwachpunkt des Gesetzentwurfs der GRÜNEN liegt: Den Kommunen soll die Verantwortung zugeschoben werden. Sie sollen sich erst einmal mit sehr viel Klimaschutzbürokratie herumschlagen.

Der Gesetzentwurf schreibt den Gemeinden und Städten ein kommunales Klimaschutzkonzept vor. Herr Stümpfig, scheinbar sind Sie nicht sehr viel in der Kommunalpolitik unterwegs: Die meisten haben es schon bzw. planen es. Ein kommunales Wärmekonzept – auch daran arbeiten die Kommunen. Ein Klimaverkehrskonzept: Glauben Sie, die Gemeinden sind auf der Brennsuppe dahergeschwommen? Die Gemeinden wissen genau, was abläuft, und sie möchten ihre Bürger überzeugen. Darum

arbeiten sie an diesen Projekten. Das ist auch richtig, weil von dieser Basis aus ein Umdenken kommen muss.

Mittlerweile liegt der Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Klimaschutzgesetz vor. Vor allem liegt ein Maßnahmenkatalog mit über hundert Einzelmaßnahmen vor. Wir werden uns noch im Detail darüber unterhalten, was beim Waldumbau, bei der Renaturierung von Mooren, bei der Klimaforschung oder beim Verkehr konkret geplant ist.

Jetzt sagt die Opposition natürlich: Vieles ist schon bekannt. – Klar befinden sich darunter Maßnahmen, die bereits angeschoben sind, es sind aber auch neue Punkte dabei. Das wird jetzt gebündelt, und das macht auf alle Fälle mehr Sinn, als den Gemeinden bzw. Kommunen und den Städten Dinge vorzuschreiben, an denen sie bereits arbeiten. Also, nicht noch einmal Papier produzieren; es ist viel sinnvoller, Taten zu produzieren.

Wenn Kommunen Klimaschutzkonzepte erstellen, befürworten wir diese natürlich. Wir werden das von staatlicher Seite aus auch fördern. Ein weiterer Punkt des Maßnahmenkonzepts ist die Förderung von Klimaschutzmanagern für die Kommunen. Teilweise ist das bereits geschehen. Auch die neue Landesagentur für Energie und Klimaschutz wird eine wichtige Beratungsfunktion für die Kommunen haben. Die Förderung des kommunalen Klimaschutzes wird ein Kernpunkt der Bayerischen Klimaoffensive sein. Wir fördern und unterstützen die Kommunen und nicht die Bürokratie.

Einige Punkte aus dem Gesetzentwurf der GRÜNEN sind bereits anderweitig beschlossen, zum Beispiel die klimaneutrale Staatsverwaltung. Diese wollen wir bis 2030 umsetzen. – Bayern hat ein Klimaschutzprogramm, das laufend fortgeschrieben wird. Sie fordern ein Landesklimaschutzkonzept – da frage ich mich, was wichtiger ist. – Eine Klimaanpassungsstrategie gibt es ebenfalls seit Jahren. – Gefordert wird ein Klimabeirat. Dabei gibt es einen Klimarat bereits, und dieser soll aufgewertet werden. Nach dem Entwurf der Staatsregierung für ein Klimaschutzgesetz wird er aus sechs

Mitgliedern statt bisher aus drei Mitgliedern bestehen und eine eigene Geschäftsstelle bekommen.

Es bringt für den Klimaschutz wirklich nichts, wenn wir Dingen, die es bereits gibt, einen neuen Namen verpassen. Deshalb bleibt es von unserer Seite bei der Ablehnung Ihres Gesetzentwurfs, denn er ist überholt. Wir haben einen besseren. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist Herr Florian von Brunn, SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Martin Stümpfig hat die Dramatik des Klimawandels beschrieben. Wir haben – ich glaube, es war gestern – einen Bericht des Bundesumweltministeriums und des Bundesumweltamts bekommen, der uns gezeigt hat, dass wir in Deutschland eine Temperaturerhöhung nicht von einem Grad haben, sondern seit ungefähr 1890 bereits eine von 1,5 Grad. Wer mit offenen Augen durch Bayern fährt und mit den Menschen redet, kann die dramatischen Auswirkungen der Klimaerhitzung sehr, sehr deutlich wahrnehmen – wenn man es denn will.

Wir hatten in Deutschland insgesamt im letzten Jahr Schäden in der Landwirtschaft wahrscheinlich im Wert von mindestens einer Milliarde Euro. Die Schäden in der Forstwirtschaft sind noch einmal erheblich höher. Die Schäden in der Wirtschaft sind meines Erachtens noch gar nicht ausreichend beziffert. Ich erinnere nur daran, dass einer der größten Chemieproduzenten am Rhein im letzten Sommer die Produktion in seiner Chemiefabrik wegen der Hitze und des Niedrigwassers im Fluss einstellen musste. Da kommt nun diese Regierungskoalition und erklärt hier in der Debatte über das grüne Klimaschutzgesetz ihren Entwurf zu dem größten Entwurf aller Zeiten. Ich finde es schon interessant, was Konservative als mutig bezeichnen. Ein fauler kleiner Kompromiss, mehr ist es ehrlich gesagt nicht.

Ich finde es beschämend, Herr Umweltminister, wenn Sie sagen, wir machen hier jetzt ein großes Klimaschutzgesetz. Der Kollege Stümpfig hat es angesprochen. Sie beziehen sich da auf den deutschen Durchschnitt aus dem Jahre 1990. Wissen Sie eigentlich, wie hoch der Pro-Kopf-Ausstoß an Tonnen CO₂ damals in Brandenburg war? – Es waren über 32 Tonnen pro Kopf. Letztendlich also stützen Sie sich bei Ihren billigen Taschenspielertricks dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung auf die Auswirkungen der DDR-Wirtschaft. Sehr merkwürdig, so zu argumentieren.

(Beifall bei der SPD)

Die Peinlichkeit geht noch weiter. 1990 lag der Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ in Bayern bei 7,6 Tonnen. Sie haben es in den vergangenen dreißig Jahren gerade einmal geschafft, diesen auf 6 Tonnen zu reduzieren. Das sind gerade einmal 20 %. Nun müssen Sie sich vor Augen führen, dass ein Großteil der Klimaschutzarbeit, der Energie-wende-Arbeit schon vor hundert Jahren durch Pioniere der Elektrizität wie zum Beispiel Oskar von Miller und nicht durch die Bayerische Staatsregierung geleistet wurde.

(Zurufe von der CSU)

Das Handeln gerade in Bayern ist also dringend notwendig. Wir brauchen echte gesetzliche Verpflichtungen. Deswegen hat die Opposition immer wieder Klimaschutzgesetze vorgelegt, um die Verwaltung, die Staatsregierung, aber auch die Wirtschaft und die Einwohner Bayerns damit zu konfrontieren, dass man Klimaschutz betreiben muss.

Das ist überlebensnotwendig. Wir brauchen aber echte Ziele und nicht irgendeinen faulen Kompromiss oder irgendeine Schönrechnerei, wie die Staatsregierung sie betreibt.

(Beifall bei der SPD)

Insofern unterstützen wir natürlich sehr gerne auch den Gesetzentwurf der GRÜNEN. Darin sind ehrgeizige Ziele enthalten, die sich am wissenschaftlichen Stand der Klimadiskussion orientieren.

Ich will gleichzeitig feststellen, dass wir einige Bauchschmerzen haben. Wir haben das bereits im Umweltausschuss besprochen. Wir haben ein paar kritische Fragen, die man gewiss noch beantworten muss. Warum wird alles den Kommunen angelastet? Ich meine schon, dass der Vorhalt ernst zu nehmen ist, dass die Kommunen hier sehr stark mit Bürokratie belastet werden, insbesondere dann, wenn schon kleine Kommunen ihre Emissionen auch im Verkehrsbereich ermitteln müssen. Ich halte das für eine Überforderung. Dann einfach nur zu sagen, hier wirke das Konnexitätsprinzip, ohne genau zu sagen, wie die Kommunen das schultern sollen, ist zu wenig.

Der nächste Punkt ist für uns noch viel wichtiger. Was uns fehlt und was in der ganzen Klimaschutzdebatte unbedingt notwendig ist, ist eine wirklich ausreichende Berücksichtigung des Aspekts des sozialen Ausgleichs und der sozialen Gerechtigkeit. Da greife ich jetzt noch einmal das Beispiel auf, das wir schon einmal diskutiert haben. Ich meine die Verpflichtung für private Hausbesitzer und für die Wirtschaft, bei mehr als sechs Stellplätzen Ladestationen bzw. Wallboxen für E-Mobilität bereitzustellen.

Ich habe mir das Ganze noch einmal genau angesehen. Im Moment kostet so etwas 1.500 Euro aufwärts. Über die Förderung in Bayern gibt es dafür 200 Euro. Was glaubt ihr denn, wo das Geld letztendlich hängen bleibt? – Es bleibt bei den hochbelasteten Mieterinnen und Mietern in den Ballungsräumen hängen. Deswegen müsste der Weg für uns eigentlich andersherum gehen. Wir müssen zunächst sagen, dass wir das richtig und gescheit fördern wollen. Das ist grundsätzlich richtig, und dann müssen wir die Überwälzbarkeit auf die Mieterinnen und Mieter ausschließen. So wird ein Schuh draus.

Wir wissen aber, dass es gerade an dieser Stelle in der aktuellen Situation sehr schwierig ist bei unserem stark angespannten Mietwohnungsmarkt.

(Beifall bei der SPD)

Der richtige Weg wäre also folgender: Zunächst die Umsetzung der rechtlichen Änderungen auf Bundesebene, damit zum Beispiel in Wohnungseigentümergeinschaften ein Einzelner eine solche Ladestation nicht blockieren kann. Hinzu kommt die Forderung, das richtig zu gestalten und die Umlagefähigkeit auszuschließen. Das ist der richtige Weg, den wir gehen müssen.

Wir werden dem Gesetzentwurf trotzdem gerne zustimmen, appellieren aber noch einmal an Sie, in Zukunft auch diese Aspekte stärker zu berücksichtigen. Vielleicht sollte es mehr auf der Landesebene verankert werden, was den öffentlichen Verkehr angeht.

Ein letzter Punkt – auch den hatten wir schon angesprochen: Wir halten in Artikel 6, in dem die Klimaschutzziele festgeschrieben werden, eine Formulierung für problematisch. Es heißt da: Die Reduzierung der Ziele auf 5 Tonnen bzw. 0,5 Tonnen pro Kopf. Es fehlt hier aber der Zeitbezug. Deswegen schlagen wir die Ergänzung vor: jährlich oder pro Jahr. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleich auf Seite 2 des vorliegenden Gesetzentwurfes steht, dass – Zitat – "Bayern einen rechtlichen Rahmen für seine Klimaschutzanstrengungen erhalten" soll, um diese effektiver und effizienter zu betreiben.

Meine Damen und Herren, wer diesen Gesetzentwurf durchliest, wird feststellen, dass die von den GRÜNEN geplanten Vorschriften und die Mehrkosten weder effektiv noch effizient für die Bekämpfung des Klimawandels sein werden.

(Beifall bei der FDP)

Denn neben einzelnen positiven Lichtblicken in diesem Gesetz wie zum Beispiel die Renaturierung der Moore und den Schutz und die Erhaltung unserer Böden finde ich nichts weiter als ein Sammelsurium von Vorschriften, die vor Ideologie nur so strotzen.

Wo soll ich da nur anfangen? – Ich erinnere nur an Artikel 14. Ich wundere mich, dass ich ab und zu einmal mit dem Kollegen von Brunn einig bin, denn in Artikel 14 fordern Sie, dass Eigentümer von Tiefgaragen und privaten Parkplätzen mit mehr als sechs Stellplätzen bis zum Jahre 2035 eine Ladestation für E-Autos bereitstellen müssen.

Ich weiß nicht, in welche Glaskugel Sie so reinschauen.

(Heiterkeit)

Für mich und, ich glaube, auch für alle anderen Kollegen in diesem Hohen Hause ist klar, dass wir früher oder später auf einen Mix der Antriebstechnologien angewiesen sind, in dem sowohl die Elektromobilität als auch die mit Wasserstoff betriebene Brennstoffzelle gemeinsam ihren Platz haben werden. Durch die Weiterentwicklung und die Einführung von synthetischen Kraftstoffen wird auch der Verbrennungsmotor noch eine Zukunft haben. Das sagt mir zumindest meine Glaskugel. Vielleicht sollten Sie da auch einmal hineinschauen.

(Beifall bei der FDP)

Den Vogel schießen Sie aber mit Ihrer Planwirtschaft für die Kommunen ab. Kollege von Brunn hat auch dies thematisiert. Die Gemeinden sollen zur Erstellung von Klimaschutzkonzepten sowie zu Wärme-, Verkehrs- und Klimaplänen verpflichtet werden. Nun sind auch wir Freie Demokraten für die Erstellung und Einführung von Klimaschutzkonzepten auf kommunaler Ebene. Gerade direkt vor Ort ist es wichtig, einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten. Unsere Städte und Gemeinden spielen hier eine wichtige Rolle.

Jedoch lehnen wir rigide Verpflichtungen zu Klimakonzepten und Wärmeplänen ab. Jede Gemeinde hat ihre spezielle personelle und finanzielle Situation, mit der sie ar-

beiten muss. Ich bin mir sicher, dass viele der von Ihnen vorgesehenen Gemeinden nicht imstande sein werden, Ihre Vorgaben zu erfüllen. Zudem ist die Effizienz dieser Vorgaben für das Weltklima fraglich. Wie es in Ihrem Gesetzentwurf steht, tun Sie ja gerade so, als ob das Klima gerettet würde, wenn unsere kleinen Gemeinden Wärmepläne erstellen, während in China, in Indien und im Rest der Welt neue Kohlekraftwerke entstehen.

Wenn wir bei der geforderten Klimaneutralität Bayerns ab 2050 auch noch mitgehen wollen, betrachten wir die sektoralen Zwischenziele für den Klimaschutz als kontraproduktiv.

Wir sehen doch gerade beim Europäischen Emissionshandel, dass in den einzelnen Sektoren unterschiedliche Vermeidungskosten existieren. Daher sind die Sektoren nicht miteinander zu vergleichen bzw. durch spezifische Ziele gleichzusetzen. Die Folgen wären nur unnötig hohe und ineffiziente Kosten vor allem im Verkehrssektor.

Aus unserer Sicht sollte der Aufbau einer sauberen und erneuerbaren Energieinfrastruktur dem Europäischen Emissionshandel überlassen werden, der schon heute die gesamteuropäischen Klimaziele erfüllt und auch für die Sektoren Gebäude und Verkehr der entscheidende Schritt zu einer klimaneutralen Zukunft ist.

Wenn Sie Klimaschutz allen Ernstes effektiv und effizient betreiben wollen, stimmen Sie doch gerne einer Ausweitung des Europäischen Emissionshandels auf die Sektoren Wärme und Verkehr zu. Gelegenheit zur Debatte darüber gebe ich Ihnen im Ausschuss ja immer wieder.

Zuletzt hat sogar die Staatsregierung nach einiger Bedenkzeit unserem Antrag zugestimmt, die Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen zu unterstützen, die genau diese Ausweitung fordert. Machen Sie es der Staatsregierung nach, denn dadurch könnten wir dort CO₂ einsparen, wo dies am kostengünstigsten und effizientesten geschieht und werden endlich das effektivste Mittel zur Begrenzung der Klimaer-

wärmung überhaupt, eine stetig sinkende CO₂-Obergrenze, haben, die sich am Pariser Klimaschutzabkommen orientiert.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Jetzt spricht Herr Patrick Friedl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Skutella, genau das ist das Problem: Sie sind gern bereit, bei Klimaschutzzielen mitzumachen. Das haben wir heute auch vom Energiewende-Minister gehört. Er hat gesagt, international sei er gerne bereit, die Klimaschutzziele zu unterstützen. – Ja, aber es geht doch nicht um die Ziele. Es geht doch darum, dass wir in die Umsetzung kommen. Wir stehen unter einem ungeheuren Handlungsdruck.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen dringend Maßnahmen. Herr Minister Glauber, Sie legen ja jetzt ein Maßnahmenpaket und ein Gesetz dazu vor, das verabschiedet werden soll, und ich frage Sie einmal direkt: Sind Sie wirklich davon überzeugt, dass diese Maßnahmen und dieses Konzept ausreichen, um die Ziele, von denen gesprochen wird, auch nur ansatzweise zu erreichen? Sind Sie davon wirklich überzeugt?

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Thorsten Glauber: Natürlich! – Weiterer Zuruf des Staatsministers Thorsten Glauber)

Ich nehme einmal die Moore heraus. Wir haben sie in Artikel 19, Humusaufbau, hineingenommen. Wir haben 220.000 Hektar Moor. Davon sind 23.000 Hektar Hochmoore und 196.000 Nieder- und Anmoore. 200.000 davon sind in Nutzung. Sie werden entwässert und geben jetzt CO₂ ab, statt CO₂ aufzunehmen, und zwar über fünf Millionen Tonnen pro Jahr. Eigentlich sind das die geborenen Klimaspeicher.

Jetzt gehen Sie in die Maßnahmen und sagen: Wir gehen von 100 auf 147 Maßnahmen. Das steht so drin, das haben Sie im Kabinett veröffentlicht. Dann sagen Sie, bis 2029 wollen wir 20.000 Hektar von den 200.000 Hektar in eine moorverträgliche Bewirtschaftungsweise bringen. Das sind 10 %. Dann sind immer noch 90 % am Emittieren, und diese 10 % wollen Sie nicht aus der Nutzung herausnehmen, sondern in eine moorverträgliche Bewirtschaftungsweise bringen. Das heißt doch im Ergebnis, dass sich nicht wirklich viel tun wird.

Nun komme ich zu einem weiteren Punkt. Die Hitzetoten wurden angesprochen. Wir hatten 2016 in Deutschland 6.000 Todesfälle aufgrund der Hitze, für 2018 wissen wir es noch gar nicht. Wir hatten 3.459 Todesfälle im Straßenverkehr. Wie wichtig haben wir das genommen! Nehmen Sie es doch bitte wichtig, dass die Hitze eine extreme Bedrohung ist. Ich weiß, wovon ich rede. Ich komme aus Würzburg, und wir hatten im letzten Jahr 36 Hitzetage und in diesem Jahr 27. Das ist eine enorme Bedrohung und Belastung für die Menschen vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof. Dr. Hahn, AfD.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ihnen sind die Ziele nicht so wichtig, habe ich eben verstanden. Stattdessen wollen Sie aber umsetzen. Das kommt mir etwas komisch vor. Auf der anderen Seite haben Sie CO₂ angesprochen und dem Herrn Umweltminister vorgeworfen, man könne diese Ziele nicht erreichen.

Nun frage ich Sie: Wenn wir aufhören würden, in Deutschland überhaupt irgendetwas an CO₂ auszustoßen – vielleicht würden Sie dann sogar aufhören müssen zu atmen –, meinen Sie, dass Sie dann Ihre Ziele der CO₂-Reduzierung auf der Welt umsetzen könnten, wo wir schon wissen, dass der Gesamtanteil Deutschlands daran zwei Prozent beträgt und geringer ist als allein der Zuwachs in China für mehrere Jahre?

Als nächste kurze Frage – was Herr Stümpfig vorhin leider nicht beantwortet hat: Das Treibhausgas Schwefelhexafluorid, das 23.000 Mal so schädlich ist wie CO₂ und in Ihren Windkraftanlagen

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): verarbeitet wird und leider fortwährend auch nicht deponierbar ist – –

(Florian von Brunn (SPD): Das sind doch schon wieder Fake News!)

Patrick Friedl (GRÜNE): Ich kann ganz klar sagen, dass Ziele für uns extrem wichtig sind, deshalb schreiben wir sie fest. Ich frage nur, wie ernsthaft die Ziele gemeint sind, wenn ich nicht an die Maßnahmen herangehen will. Sie sprechen von zwei Prozent. Ja, klar, der Anteil von Deutschland macht zwei Prozent aus, und es können natürlich immer und überall auf der Welt Menschen mit Fug und Recht fragen: Warum sollen wir etwas tun? Warum sollen wir anfangen? Nur: Glauben Sie ernsthaft, dass wir eine Chance haben, wenn nicht wir anfangen? Es haben auch andere angefangen, es sind sehr viele dabei, international sind sehr viele unterwegs, nehmen die Klimaschutzziele ernst und setzen sie um. Wenn wir das nicht tun, dann haben wir keine Chance, deshalb ist das für mich eigentlich nur eine rhetorische Frage, oder Sie meinen es schlicht nicht ernst; aber dann ist es halt so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Er war zu schnell. Okay, danke.

Weitere Redner sehe ich nicht. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/2778 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist sind

die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD; fraktionslose Abgeordnete sehe ich nicht im Saal. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Damit ist der Entwurf abgelehnt.